

*Ausschuss für
Menschenrechte*

Sitzung am: **29. Nov. 2006**

Ausschuss für Menschenrechte

16(17)0049 (NEU)

Aussch.Drucks. 16. Wahlperiode

23. Sitzung des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe am 29. November 2006

Stellungnahme zu TOP 6:

Unterrichtung durch die Bundesregierung zur aktuellen Lage in Darfur

Interfraktionelle Erklärung der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe

Frieden für Darfur

Der Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe ist tief besorgt über die Eskalation der Gewalt in der westsudanesischen Provinz Darfur sowie über die Ausweitung des Konflikts auf die Nachbarstaaten Tschad und Zentralafrikanische Republik. Das im Mai abgeschlossene Friedensabkommen zwischen Regierung und Rebellen wird bisher von keiner Konfliktpartei eingehalten. Im Gegenteil: Die Regierung unter Präsident Omar el-Bashir hat im Sommer eine neue Militäroffensive gegen die Rebellen eingeleitet und arbeitet weiterhin eng mit den Janjawid-Milizen zusammen, die systematisch Dörfer überfallen und plündern, Menschen vertreiben und töten sowie Frauen vergewaltigen. Leidtragend ist insbesondere die Zivilbevölkerung. Zehntausende wurden in diesem Konflikt bereits getötet; 2,5 Millionen Menschen sind auf der Flucht. In Darfur ereignet sich die größte menschenrechtliche und humanitäre Katastrophe der Gegenwart.

Die Truppen der Afrikanischen Union (AU), deren Mandat Ende des Jahres 2006 ausläuft, waren bisher nicht in der Lage, die Zivilbevölkerung zu schützen. Deshalb hat der UN-Sicherheitsrat Ende August mit Resolution 1706 die Stationierung von 22 000 UN-Soldaten in Darfur beschlossen. Dies hat die sudanesishe Regierung als Angriff auf die Souveränität des Landes strikt abgelehnt und stattdessen die Militäroffensive begonnen, welche erneut eine Flüchtlingswelle ausgelöst und Tausende notleidender Menschen von humanitärer Hilfe abgeschnitten hat. Bereits damals war von deutscher Seite gefordert worden, dass die internationale Gemeinschaft reagieren müsse wie bei einem Völkermord.

Vom UN-Treffen in Addis Abeba Mitte November ging zunächst ein hoffnungsvolles Signal aus. Auf Vermittlung von UN-Generalsekretär Kofi Annan und unter Einbeziehung der ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrates schien die sudanesisische Regierung einer gemeinsamen Truppe der Afrikanischen Union und der Vereinten Nationen zugestimmt zu haben. Das Kommando sollte bei der UNO liegen. Mittlerweile gibt es Berichte darüber, dass Präsident Omar el-Bashir auch den Kompromiss von Addis Abeba abgelehnt habe. Von den Vereinten Nationen würden nur finanzielle und logistische Hilfen akzeptiert, nicht jedoch Truppen. Mit der Verzögerungstaktik der sudanesischen Regierung geht wertvolle Zeit verloren, eine Zeit, die die Menschen in Darfur jedoch nicht haben. Für sie ist ein von allen Konfliktparteien akzeptierter sofortiger Waffenstillstand eine Frage des Überlebens.

Die Tragödie in Darfur und im Grenzgebiet des Tschad findet weitgehend unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. Kritiker wie der UN-Sonderberichterstatter Jan Pronk wurden aus dem Land ausgewiesen. Auch ziehen immer mehr Hilfsorganisationen - zuletzt die Deutsche Welthungerhilfe - ihr Personal ab, weil die Gefahren zu groß geworden sind. Allein seit Juli haben zwölf Helfer ihr Leben verloren. UN-Koordinator für humanitäre Hilfe Jan Egeland hält die Lage der Zivilbevölkerung für so schlimm wie noch nie. Der Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe anerkennt mit großem Respekt die risikoreiche Arbeit der Hilfsorganisationen.

Die Verbrechen in Darfur sind bislang straffrei begangen worden. Der UN-Sicherheitsrat hat die Vorwürfe im März 2005 mit Resolution 1593 an den Internationalen Strafgerichtshof verwiesen, der unter schwierigsten Bedingungen Ermittlungen aufgenommen hat und demnächst erste Verfahren wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit und wegen Kriegsverbrechen einleiten will. Als Gegenstrategie hat die sudanesisische Regierung per Dekret ein eigenes Gericht für Darfur-Verbrechen geschaffen. Angesichts ihrer politisch wie juristisch unkooperativen Haltung hat Kofi Annan der Regierung angedroht, dass sie „kollektiv oder individuell“ für ihr menschenverachtendes Handeln zur Verantwortung gezogen werden könnte.

Deutschland engagiert sich seit Jahren bilateral und gemeinsam mit der Europäischen Union für den Frieden im Sudan und hat sich insbesondere finanziell an den AU- und UN-Missionen beteiligt. In geringem Umfang findet im Rahmen von EU-Maßnahmen auch personelle Unterstützung bei logistischen Aufgaben sowie bei Ausbildung und Beratung von Polizei und Militär statt. Außerdem leistet Deutschland umfangreiche humanitäre Hilfe, insbesondere in Darfur. Auch wurde nach Jahren der Unterbrechung die Entwicklungszusammenarbeit wieder aufgenommen. Der Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe begrüßt ausdrücklich das vielfältige deutsche Engagement.

Der Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe

- fordert alle Konfliktparteien auf, sofort die Gewalt in der Provinz Darfur sowie im Grenzgebiet des Tschad und der Zentralafrikanischen Republik einzustellen;
- fordert die sudanesisische Regierung auf, zum Schutz der Zivilbevölkerung UN-Truppen in Darfur zu akzeptieren und konstruktiv an einer politischen Lösung des Konfliktes mitzuarbeiten;
- erwartet von den Regierungen der Russischen Föderation und der VR China, dass sie ihre guten Kontakte zur sudanesischen Regierung nutzen, um ein Ende der Gewalt und eine nachhaltige politische Lösung herbeizuführen;
- fordert den Friedens- und Sicherheitsrat der Afrikanischen Union auf, die sudanesisische Regierung zur Akzeptanz der Vereinbarung von Addis Abeba zu bewegen;
- fordert die Bundesregierung auf, sich in der EU für Sanktionen gegen die Regierung des Sudan einzusetzen, falls auf anderem Wege eine Akzeptanz von UN-Truppen zum Schutz der Zivilbevölkerung nicht zu erreichen ist;
- fordert den Friedens- und Sicherheitsrat der Afrikanischen Union auf, eine gemeinsame AU-/UN-Mission unter UN-Oberkommando in Darfur zu unterstützen, das Mandat der AU-Mission über 2006 hinaus zu verlängern;
- bedauert, dass der UN-Menschenrechtsrat den von der EU eingebrachten Antrag zur Verurteilung der sudanesischen Regierung abgelehnt und statt dessen die Lage in Darfur nur mit Sorge zur Kenntnis genommen hat;
- unterstützt die Ermittlungstätigkeit des Internationalen Strafgerichtshofs zu den Verbrechen in Darfur und begrüßt, dass demnächst erste Verfahren eingeleitet und die Täter zur Verantwortung gezogen werden;
- bittet die Bundesregierung, in ihrem vielfältigen Engagement für Frieden im Sudan und insbesondere in Darfur fortzufahren und im Rahmen internationaler Missionen weiterhin ihren Beitrag zu leisten;
- dankt allen in Darfur tätigen Helfern für ihren mutigen humanitären Einsatz.